№ 81 Abend-Ausgabe
B 40

Berlin

Sonnabend, 16. Februar 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (z. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2668. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—2695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Pfalz endgültig befreit.

Verständigung für die Uebergangszeit.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.**, 16. Februar.

Seit heute ist die sogenannte „autonome Regierung der Pfalz" tatsächlich beseitigt. Die von den Separatisten gefangengehaltenen Beamten der Pfalzregierung sind freigelassen worden, und man erwartet den Abzug der separatistischen „Truppen" in den nächsten Stunden. Ein Teil der bisherigen separatistischen Führer hat Speyer heute in der Nacht heimlich verlassen. Die Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission verhandeln eben mit den in Speyer anwesenden Regierungsmitgliedern über die sofortige Uebernahme der Geschäfte durch eine provisorische Regierung. Zu den Verhandlungen ist auch der Kreisausschuß der Pfalz zugezogen worden. Es handelt sich nicht darum, die Regierungsfrage endgültig zu lösen; die Entscheidung hierüber dürfte erst später, und zwar nach weiteren Verhandlungen zwischen London und Paris, fallen. Vorläufig ist ein Provisorium geschaffen, d. h. dafür gesorgt worden, daß die Verwaltungsmaschine sofort wieder in Gang kommt. Es verlautet, daß die vollziehende Gewalt vorübergehend einem Direktorium übertragen werden soll, das aus dem Kreisausschuß und den bisherigen Regierungsmitgliedern der legalen Regierung bestehen soll. Dieses Direktorium wird noch im Laufe des Tages sich mit einem Aufruf an die Pfalz wenden.

Verhaftungen in Pirmasens.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.**, 16. Februar.

Der französische Bezirksdelegierte von Pirmasens hat einen Haftbefehl gegen den abwesenden Redakteur Jodel der „Pirmasenser Zeitung" erlassen. Im Laufe der Nacht sind in Pirmasens eine Reihe von Personen verhaftet worden, die angeblich an dem Sturm auf das dortige Rathaus beteiligt waren.

Mussolinis Jugend.

Von

Professor Dr. Ferdinand Gillerdeck.

Eine eigenartige Entwicklung hat der heutige Diktator Italiens durchgemacht. Während etwa der andere große Emporkömmling des Landes, Napoleon, einem vornehmen Geschlecht Korsikas entstammte, ist Benito Mussolini als Sohn eines Schmiedes in einem kleinen Gebirgsort der Romagna aus einfachsten Verhältnissen, aus dem Proletariat, hervorgegangen. Seine Vorfahren waren Bauern. Den ersten Unterricht im Lesen und Schreiben erteilte ihm seine Mutter, an der er mit schwärmerischer Verehrung hing. Auf der Dorfschule zeichnete er sich nicht durch besonderen Fleiß aus. Er streifte lieber durch die Felder, fing Vögel und prügelte sich mit den Buben. Auf der geistlichen Erziehungsanstalt Faenzas, auf die ihn sein Vater brachte, wurde er wegen seines unbändigen Wesens relegiert, und auf der Schule Forlimpopolis, auf der er sodann zum Elementarlehrer ausgebildet werden sollte, tat er sich mit echt romagnolischem Temperament schon durch seine revolutionäre Agitation hervor. Zugleich gab er aber Proben von ungewöhnlichen Geistesgaben. Ich erwähne nur einen Vorgang: als ein Direktor erkrankte und einen öffentlichen Vortrag über Verdi absagen mußte, sprang an seine Stelle der Schüler Mussolini ein und hielt im Theater Forlimpopolis unter allgemeinem Beifall die Gedächtnisrede auf den volkstümlichen Komponisten. Selbstverständlich hat er in seiner Jugendzeit auch Verse geschmiedet, teils melancholisch-lyrische Reime, teils dramatisch-blutrünstige Gedichte.

Es folgten eine Wanderjahre mit bunt wechselnden Erlebnissen. Nur wenige Monate hielt er als Elementarlehrer auf einem Dorfe in der Nähe Gualtallas aus. Noch nicht 19jährig fuhr er nach der Schweiz und führte dort bald als Maurer, bald als sozialistischer Schriftsteller ein mühseliges Vagabundenleben. In diese Zeit fiel eine denkwürdige Szene, die von seiner Frühreife und von seinem starken Charakter Zeugnis ablegt. Am 26. März 1904 fand im „Maison du „Peuple" zu Lausanne eine öffentliche Disputation über den Gottesbegriff statt: als Verteidiger trat ein berühmter evangelischer Geistlicher Roms, Alfredo Taglialatela, auf, als Angreifer der damals fast noch unbekannte Journalist Mussolini, der erst 20 Jahre zählte. Auf Grund erstaunlicher Belesenheit bestritt der junge Bauernsohn aus der Romagna die Existenz eines persönlichen Gottes, die im Widerspruch zu der menschlichen Vernunft, zu der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und zu den historischen Tatsachen stehe, und als ein durch und durch modern empfindender Mensch zog er für den philosophischen Gottesbegriff eines Giordano Bruno, eines Leibniz, eines Spinoza zu Felde, indem er mit überlegenem Sarkasmus die Verherrlichung des jenseitigen Lebens verspottete und den Verse Heines zitierte: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen". Seine gut disponierte, dialektisch feine Rede, die als erstes Heft der Genfer Bibliothek Internazionale di Propaganda Razionalista gedruckt vorliegt, offenbart neben einzelnen jugendlichen Uebertreibungen doch auch vielfach ein abgewogenes, reifes Urteil und vor allem eine außerordentliche Gedankenklarheit und Gedankenschärfe, mit der er seinem gelehrten Gegner furchtlos zu Leibe ging.

Nach zweijährigem Aufenthalt wurde der sozialistische Agitator aus der Schweiz ausgewiesen. Er kehrte nach Italien zurück und war einige Zeit zuerst nahe der österreichischen, dann nahe der französischen Grenze in Tolmezzo und Oneglia als Lehrer tätig. Zwischendurch hielt er sich ein Jahr lang in Südtirol in Trient auf, wo er die österreichische Mentalität haßen lernte und an der Seite Battistis als Journalist wirkte, bis er auch dort der Ausweisung verfiel. Die in Trient gewonnenen Eindrücke verwertete er in dem Buch „Il Trentino", in welchem er von seinem friedenistisch-sozialistischen Standpunkt aus auf die allbeutsche Gefahr für das Italienertum hinwies und für eine Autonomie des Trentinos aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen eintrat.

Mittlerweile hatte er sich in seiner Heimatprovinz in Forlì zum Führer der Sozialisten aufgeschwungen: in der von ihm gegründeten Wochenzeitung „La Lotta di Classe" propagierte er die Revolutionierung des Proletariats und polemisierte gegen die bürgerlichen Republikaner, die bis heute in der Romagna einen starken Anhang besitzen. Bei Ausbruch des Tripolis-Krieges ging er dann freilich mit ihnen als Antimilitarist wieder Hand in Hand. Damals wurde er zusammen mit zwei Republikanern vor Gericht gestellt, weil er die Heerespflichtigen zur Verweigerung der Dienstpflicht, die Volksmenge zum Klassenkampf und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgereizt habe. In seiner Verteidigungsrede suchte er eine Berechtigung der Sabotage unter gewissen Voraussetzungen nachzuweisen. Er sagte seinen Richtern ins Gesicht: „An eurer Stelle würde ich einen solchen Rebellen verurteilen. Sprecht ihr mich frei, so tut ihr mir einen Gefallen; verurteilt ihr mich, so tut ihr mir Ehre an".

Er erhielt ein Jahr Gefängnis und mußte sechs Monate in Forlì abbüßen. Ein gefeierter Märtyrer, kehrte er in die

Der Parteitag der Berliner Demokraten.

Der Kampf um die Spitzenkandidatur.

Am gestrigen Freitag abend fand der Parteitag des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen Demokratischen Partei statt, der sich mit der Berliner Spitzenkandidatur für die kommenden Reichstagswahlen zu beschäftigen hatte. Vom Vorstand wurde der bisherige Vertreter Berlins, Reichstagsabgeordneter Karl Friedrich v. Siemens, in Vorschlag gebracht, während von einer Reihe von Gruppen Professor Bonn als Kandidat genannt war.

Die Opposition gegen die Wiederwahl von Siemens war sich darin einig, daß die nächsten Wahlen für die Demokratische Partei die Entscheidung darüber bedeute, ob sie eine staatspolitische Partei bleiben oder die Oberherrschaft privatindustrieller Interessen im Staate anerkennen wolle. In dieser Entscheidung wünschte die Opposition die klare Stellungnahme dahin, daß im Sinne des demokratischen Programms die Staatsautorität über den Privatinteressen zu stehen habe. Es war deshalb unmöglich für sie, der Wiederwahl Siemens' zuzustimmen, gegen den als Privatperson zwar durchaus nichts einzuwenden sei, der aber als geschäftlicher Vertreter Stinnesscher Interessen zu gelten habe.

Der Antrag, die beiden Kandidaten auf dem Parteitag zu hören, wurde von den Anhängern der Kandidatur Siemens abgelehnt. Ebenso verfiel der Ablehnung ein Antrag, mit einer Mandatsprüfungskommission die Legitimation der erschienenen Delegierten festzustellen. Nachdem in der sachlichen Debatte sechs Redner zu Wort gekommen waren, wurde bereits um ½11 Uhr von den Anhängern der Kandidatur Siemens der Schluß der Debatte trotz lebhaften Widerspruchs beschlossen, obwohl noch zahlreiche Redner zum Wort gemeldet waren. Bei der Abstimmung wurden 234 Zettel abgegeben. Es entfielen: auf Herrn von Siemens 135, auf Professor Bonn 89, ferner 7 unbeschriebene, 3 ungültige Zettel.

Gegen diese Abstimmung wurde von den Gegnern der Kandidatur Siemens folgender Protest zu Protokoll erklärt:

„Die Abstimmung über die Spitzenkandidatur können wir als eine rechtmäßige und uns bindende nicht anerkennen, weil
1. allem demokratischen Brauch zuwider unser Antrag, die Kandidaten Herrn von Siemens und Professor Bonn auf dem Parteitag zu hören, ohne zwingende Gründe abgelehnt worden ist, weil
2. unser Antrag auf Ansetzung einer Mandatsprüfungskommission ohne jeden Grund abgelehnt worden ist, weil
3. die Debatte nach Anhörung einiger Redner ohne zwingende Gründe geschlossen und damit der Mehrzahl der zur Rednerliste gemeldeten Delegierten das Wort abgeschnitten worden ist."

Nach Abgabe dieser Erklärung wurde der Parteitag vertagt.

Dieser Protest der Opposition hat nicht nur formelle Bedeutung, sondern ist durchaus ernst zu nehmen. Die Opposition ist der einmütigen Auffassung, daß eine Kandidatur Siemens im Interesse der Partei untragbar ist, weil sie das demokratische Mandat für Berlin auf das ernsteste gefährdet.

Parlamentszeit.

In der nächsten Woche nehmen Reichstag und Preußischer Landtag ihre Vollsitzungen wieder auf, nachdem bereits die größeren Ausschüsse tätig gewesen sind. Der **Auswärtige Ausschuß des Reichstags** ist zu Montag 3 Uhr nachmittags einberufen worden. Der **Preußische Landtag** versammelt sich am Dienstag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr. Der Reichstag hält seine nächste Vollsitzung am Mittwoch, 20. Februar, 3 Uhr ab.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist zu Montag nachmittag ½3 Uhr eingeladen. Am Dienstag sitzen die Fraktionen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, am Mittwoch die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten.

Die Sachverständigen berichten.

✱ **Paris**, 16. Februar.

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichen einen langen Bericht über den Stand der Arbeit der Sachverständigenausschüsse. Sachlich Neues wissen sie nicht zu berichten, zum Teil werden die schon in den deutschfeindlichen ausländischen Blättern aufgestellten Behauptungen wiederholt, zum Teil beschränkt sich die Pariser Presse auf allgemeine kritische Aeußerungen.

Der „Matin" versichert, den aus Berlin zurückgekehrten Sachverständigen läge besonders am Herzen, daß Deutschland in Zukunft nicht weniger stark belastet sein darf als Frankreich.

Das „Journal" bemerkt, das französische Volk würde Enttäuschungen erleben, wenn es sich der Hoffnung hingebe, daß eine für Frankreich annehmbare Lösung unmittelbar bevorstehe. Die Untersuchung der Sachverständigenausschüsse lasse die Kompliziertheit des Reparationsproblems mit allen seinen Widersprüchen und Interessengegensätzen klar erkennen. Die Sachverständigen würden aber trotzdem mit Hilfe gegenseitiger Konzessionen zu einer einheitlichen Anschauung gelangen und die Regierungen würden klug handeln, wenn sie ihrem Beispiel folgen.

Nach Vertrag im „Echo de Paris" sind die Schlußfolgerungen in vielem den französischen Wünschen entsprechend. Was man bisher von den Studien der Sachverständigen wisse, lasse Gutes für die Ratschläge voraussehen, die sie der Reparationskommission geben würde. Sie schienen der Meinung zu sein, daß Deutschland in der Lage ist, sich aus eigenen Mitteln wieder zu erheben.

Barthou empfing gestern nachmittag die französischen Mitglieder des Ersten Sachverständigenausschusses, Parmentier und Alix. Im Anschluß daran hatte er eine Unterhaltung mit dem General Dawes. Die Blätter veröffentlichen Ueberschriften über die angeblichen Schlußfolgerungen, zu denen die Sachverständigen kommen.

Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, ist gestern nachmittag nach London gereist, wo er den Blättern zufolge mit Ramsay Macdonald über bestimmte Einzelheiten des Sachverständigenberichts beraten soll.

Dem „Petit Parisien" wird aus Brüssel gemeldet, daß die belgischen Sachverständigen, die aus Berlin zurückgekehrt sind, gestern vormittag im Brüsseler Finanzministerium an einer Sitzung teilgenommen haben. Auch der Premierminister Theunis und der Minister des Aeußern Jaspar, sowie der belgische Delegierte in der Reparationskommission, Delacroix, haben an der Sitzung teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit berichteten die Sachverständigen über ihre Berliner Eindrücke.

Die R.-K. dementiert.

Paris, 16. Februar. (W. T. B.)

Der Generalsekretär der Reparationskommission hat einem Berichterstatter des „Excelsior" erklärt, daß an den in London, Paris und Brüssel umlaufenden Gerüchten über die angeblichen Absichten der Sachverständigen kein wahres Wort sei. Die Komitees hätten ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen; der Tag, an dem sie ihren endgültigen Bericht ablegen würden, sei noch ungewiß. Alles, was über die offiziellen Communiqués hinaus berichtet werde, sei Erfindung.